



Direkte Aktion

Attac-Aktivist*innen besetzen unter dem Motto „Her mit der Demokratie“ am 15. September 2019, dem Tag der Demokratie, die Frankfurter Paulskirche

Schrumpfende Spielräume

Angesichts vielfältiger Krisen geraten die etablierten Denk- und Entscheidungsmuster zunehmend unter Druck. Statt sich für demokratische Diskussions- und Erneuerungsprozesse zu öffnen, schottet sich die institutionelle Politik ab und grenzt zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus. Von Judith Amler.

Im Bundesbüro von *Attac Deutschland* herrscht am Dienstag, 26. Februar 2019, schon frühmorgens rege Betriebsamkeit: Das ZDF hat sich angekündigt, um den ehrenamtlichen Vorstand des globalisierungskritischen Netzwerks sowie Mitarbeiter*innen der Geschäftsführung zu den Folgen des vor fünf Jahren erfolgten Entzugs der Gemeinnützigkeit zu interviewen. Seither kann der Verein nach Beschluss des Frankfurter Finanzamts seinen knapp 30.000 Mitgliedern und Förderer*innen keine Spendenbescheinigungen mehr ausstellen – in diesen Tagen wird das Urteil des Bundesfinanzhofs, vor dem die Klage von *Attac* gegen den Finanzamtsbescheid verhandelt wird, erwartet.

Was an diesem Dienstagmorgen noch kein Attacie weiß: Der Bundesfinanzhof hat seinen Beschluss bereits gefällt und ausgewählte Pressevertreter*innen vorab informiert. Die ZDF-Kamera fängt den Moment ein, in dem das Fax mit der Mitteilung des Gerichts *Attac*-Vorstand Dirk Friedrichs erreicht: Die Betätigung von bundesweit über tausend ehrenamtlichen Aktivist*innen sei nicht als gemeinnützig zu werten, so der Tenor des Bundesfinanzhofs – das Netzwerk

mische sich in tagesaktuelle Politik ein und dies entspreche keinem förderwürdigen Zweck.

Politisches Engagement – (k)ein gemeinnütziger Zweck?

Das Urteil gegen *Attac*, das sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise versteht, hat bundesweit großes Echo ausgelöst, darunter der Aufschrei von vielen Demokrat*innen, die das Urteil wie zum Beispiel, der ehemalige SZ-Chefredakteur Heribert Prantl, als „vordemokratisch“ bewerten. Während in Deutschland Hundesportvereine und Kleingartengemeinschaften steuerbegünstigt werden, sollen politisches Engagement, die Pflege der Demokratie und demokratische Bildung offenbar allein dem Staat und seinen Institutionen vorbehalten werden – recht viel anders lässt sich der Beschluss des Bundesfinanzhofs kaum verstehen: Er urteilt, dass politische Bildung, so sie denn gefördert werden will, allein in vollkommener geistiger Offenheit geschehen dürfe. Dabei geht es um eine Offenheit, die durchaus hinterfragt werden kann.

Seit Jahren beklagt zum Beispiel das *Netzwerk Plurale Ökonomik*, dass die gängige Volkswirtschaftslehre meist nur eindimensionale Antworten auf die komplexen Probleme unserer Welt liefert. Die an den überwiegend staatlich getragenen Hochschulen übliche Lehre vermittelt theoretische Konzepte, die praktisch ausschließlich einer einzigen Denkschule entspringen – dem der neoklassischen Modellökonomik. Während diese Dogmatik kaum solidarische Lösungen für reale gesellschaftliche Probleme und Krisen aufzeigt, setzen sich Bewegungen wie *Attac* und andere Nichtregierungsorganisationen dagegen für eine ökologische und den unteilbaren Menschenrechten gerecht werdende Welt und Wirtschaftsordnung ein. Über das gesamte Jahr organisieren über 150 Regionalgruppen des Netzwerks unzählige der politischen Information, Bildung und Diskussion dienende Veranstaltungen, bundesweit planen ehrenamtliche Arbeitsgruppen Aktionen und Kampagnen, mit denen kritische Perspektiven in die öffentliche Debatte eingespeist werden, und schließlich wird die Arbeit von *Attac* von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet.

Ein postdemokratisches Urteil...

Das Urteil des Bundesfinanzhofs, das Vereine wie *Attac* in Bedrängnis bringt, kann vor diesem Hintergrund durchaus im Sinne von Colin Crouch als ein Ausdruck des Übergangs in ein Zeitalter der Postdemokratie bewertet werden. Die Bürger*innen dürfen zwar nach wie vor wählen und damit über die Zusammensetzung von Regierungen bestimmen –, der eigentliche politische Entscheidungsprozess spielt sich jedoch in anderen Sphären ab, in denen privilegierte Lobbyist*innen massiv auf die tatsächliche Agenda einwirken. Das Regierungshandeln sei schließlich von den Interessen der Wirtschaft bestimmt, nicht vom Willen der Bevölkerung, deren Mitglieder sich politisch beispielsweise in Bewegungen wie *Attac* engagieren.

... das Fragen aufwirft

In einem solchen Zusammenhang verwundert es womöglich wenig, dass der Präsident des Bundesfinanzhofs, an dem das Urteil hinsichtlich der Gemeinnützigkeit politischer Willensbildung im Sinne von

Attac gefällt worden ist, selbst Mitglied eines Vereins ist: Rudolf Mellinghoff engagiert sich im Vorstand des *Instituts für Steuern und Finanzen*. Ziel dieses Instituts ist gemäß eigenen Angaben die Förderung des Dialogs zwischen Politik, Finanzverwaltung und Wirtschaft – zum Beispiel zum Zweck der Senkung von Unternehmenssteuern, wie es sich Publikationen des Instituts leicht entnehmen lässt. Ein vermeintlicher

Die Repressionen reichen von Verboten finanzieller Unterstützung aus dem Ausland bis hin zu Entführung und Mord

Witz der Geschichte: Das Institut wiederum gilt den Finanzbehörden als gemeinnütziger Verein. In der Verdichtung der Informationspolitik des Bundesfinanzhofs gegenüber *Attac* und der Betätigung seines Vorsitzenden in einem Verein, der offenbar diametral entgegengesetzte Positionen zu denen von *Attac* vertritt, stellt sich die Frage, ob hier ein politisches Urteil mit weit über den Fall des globalisierungskritischen Netzwerks hinausreichenden Folgen für das demokratische Gemeinwesen gesprochen wurde. Setzt sich in diesem Urteil die weltweit voranschreitende Einschränkung der Handlungsfähigkeit von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen fort?

Die Spielräume für zivilgesellschaftliches Engagement schrumpfen

Seit Jahren zeigen Entwicklungshilfeorganisationen wie *Brot für die Welt* auf, wie Regierungen in fast allen Ländern Akteur*innen der Zivilgesellschaft bedrängen und mit unterschiedlichsten Maßnahmen für eine Absicherung der herrschenden Verhältnisse sorgen. „Die Repressionen reichen von Verboten finanzieller Unterstützung aus dem Ausland und behördlichen Schikanen bis hin zu Entführung und Mord“, so der Verband *Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe VENRO*. „Es wird von Diffamierungen und Gewaltaufrufen durch staatliche Stellen und populistische Parteien berichtet, ebenso wie vom Missbrauch von Antiterror-, Sicherheits- und Mediengesetzen, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.“



„Jetzt erst recht“
Attac-Aktivist*innen protestieren gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit

In der Bundesrepublik sind derartige Repressionen bis dato fast undenkbar – und dennoch rücken die Einschnitte in einer zunehmend von extrem rechten Parteien regierten europäischen Gesellschaft näher: In Polen und Ungarn bedienen sich die *PiS*-Partei und Viktor Orbáns *Fidesz* immer ungehemmter des breiten Instrumentariums autoritärer Politik, in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wird die Gewaltenteilung untergraben, werden Medien zunehmend kontrolliert und die Freiheit der Wissenschaft eingeschränkt. Länder wie Italien und Malta kriminalisieren die private Seenotrettung, die lediglich einspringt, wo der Staat in seiner Aufgabenerfüllung versagt. Und auch in Deutschland besteht aus Sicht vieler Menschen Anlass zur Sorge: Die jüngst in mehreren Bundesländern verabschiedeten Polizeigesetze haben angesichts ihres Potentials, rechtsstaatliche Grundsätze auszuhöhlen, breiten Protest hervorgerufen.

Weltweite Krisen als Katalysator repressiver Politik

Die Ausbeutung von Ressourcen insbesondere im globalen Süden, die voranschreitende Klimakrise und zunehmende bewaffnete Auseinandersetzungen sorgen heute weltweit für Destabilisierung und eine Erosion von Demokratien. Auf der einen Seite sind immer mehr Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen, auf der anderen reagiert eine wachsende Zahl der Privilegierten dieser Welt mit Abwehrreflexen und zunehmender Sehnsucht nach Autorität. Das Ideal internationaler Solidarität liegt in weiter Ferne, wo sich reiche Staaten im globalen Norden nicht auf ein Modell zur Aufteilung von Flüchtenden einigen können, geschweige denn auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise, die ein gutes Leben für alle ermöglicht. Stattdessen schürt eine zunehmende Zahl von Politiker*innen mit einer immer aggressiveren Rhetorik Ressentiments und sorgt so für eine Vertiefung von gesellschaftlichen Spaltungen, die der Nährboden für autoritäre Politik sind.

Demgegenüber steht eine wachsende Anzahl von Menschen, die sich aktiv für eine nachhaltige und solidarische Politik engagieren. Bewegungen, in denen alternative Konzepte zur herrschenden Wirtschaftsweise formuliert und in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden, sind Ausdruck einer lebendigen Demokratie, die es allerdings auch in Deutschland zunehmend zu verteidigen gilt.

Der Entzug von Finanzmitteln als Mittel zur Einschränkung von Rechtsstaat und Demokratie

Ein vermeintlich niedrigschwelliger und, wie Beispiele aus dem Ausland zeigen, oftmals erster Schritt zur Einschränkung von Rechtsstaat und Demokratie ist die Austrocknung von Finanzierungsquellen für nicht-staatliche Akteur*innen. In Deutschland vermittelt das Beispiel der *Deutschen Umwelthilfe* eindrücklich, wie Parteien auf die erfolgreichen, aber aus ihrer Sicht unliebsamen Klagen der Nichtregierungsorganisation gegen die zunehmende Luftverschmutzung reagieren: Erst im April dieses Jahres hat die CDU auf ihrem Bundesparteitag zwei Anträge beschlossen, gemäß denen die *Deutsche Umwelthilfe* keine staatliche Förderung mehr erhalten und ihr der Status der Gemeinnützigkeit aberkannt werden soll.

Die Nichtregierungsorganisation *Campact* hat in der Folge des *Attac*-Urteils bekannt gegeben, bis auf weiteres keine Spendenbescheinigungen mehr an seine Unterstützer*innen ausstellen zu können; einem anderen Verein, der ein kleines soziokulturelles Zentrum trägt, wird nach Berichten der Allianz

Für kleine Vereine kann der Entzug der Gemeinnützigkeit das Ende bedeuten

„Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ vom Finanzamt unter ausdrücklichem Bezug auf das *Attac*-Urteil mit der Aberkennung des Status der Gemeinnützigkeit gedroht. In der Allianz haben sich mehr als 120 Vereine und Stiftungen zusammengeschlossen, die gemeinsam fordern, die Gemeinnützigkeit für Organisationen der Zivilgesellschaft zu sichern, die Beiträge zur politischen Willensbildung leisten – für den Erhalt einer lebendigen Demokratie.

Gemeinnützig, ungemein nützlich oder verdächtig eingestuft

Es gilt zu klären, wie sich Zivilgesellschaft weiterhin an der Lösung der drängenden Fragen unserer Zeit beteiligen darf – mit allen dafür notwendigen rechtsstaatlichen Mitteln. Dies hat weit über den Fall von *Attac* hinaus Bedeutung für einen modernen Begriff von Demokratie.

Vereine, die in Deutschland nicht als gemeinnützig anerkannt werden, sind nicht kriminell und dennoch verleitet der Entzug des Siegels viele leicht zu dem Verdacht, dass da womöglich etwas nicht in Ordnung sein könnte, wo der Staat einer Organisation eine wesentliche Grundlage für ihre Finanzierung entzieht. Der Fall von *Attac* zeigt, dass inzwischen ungemein viele Menschen nichtsdestotrotz und „jetzt erst recht“ dazu bereit sind, sich zu solidarisieren und die Bewegung in ihrer schwierigen Situation zu unterstützen – es wird anerkannt, dass es kritischer Positionen im öffentlichen Diskurs bedarf und dass Organisationen wie *Attac* diese im Zweifelsfall auch unter widrigen Bedingungen einbringen. Gerade für kleine Vereine kann der Entzug der Gemeinnützigkeit aber das Ende bedeuten. Auch daher ist *Attac* dazu bereit, wenn notwendig vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Es gilt, die freie Meinungs- und Willensbildung zu verteidigen und eine verlässliche Finanzierung auch für kritische Stimmen zu sichern.<

Judith Amler
*engagiert sich im
Koordinierungskreis
von Attac Deutsch-
land sowie in
diversen Bündnissen
gegen die zuneh-
mende Bedrohung
von rechts*